

## 617 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXI. GP

Ausgedruckt am 31. 5. 2001

# Bericht des Unterrichtsausschusses

### über den Entschließungsantrag 416/A(E) der Abgeordneten Dr. Dieter Antoni und Genossen betreffend Maßnahmen für die berufsbildenden mittleren und höheren Schulen

Die Abgeordneten Dr. Dieter Antoni und Genossen haben am 3. April 2001 den gegenständlichen Entschließungsantrag im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Im Rahmen der Maßnahmen des ‚Nationalen Aktionsplans für Beschäftigung‘ im Jahr 1998 wurde auf Grund des angespannten Lehrstellenmarktes das Repetierverbot für SchülerInnen für die ersten Klassen der berufsbildenden mittleren und höheren Schulen (BMHS) ab vier Nichtgenügend bis zum Schuljahr 2000/01 aufgehoben. Diese Bestimmung des Schulunterrichtsgesetzes tritt mit 31. August 2001 außer Kraft. Jährlich schließen rund 4 000 SchülerInnen in den ersten Klassen der BMHS mit vier oder mehr Nichtgenügend das Schuljahr ab. Davon entscheiden sich zirka 2 000 bis 3 000 für eine Wiederholung der Klasse, alle anderen Jugendlichen strömen auf den Lehrstellenmarkt. Da sich die Voraussetzungen für die damalige Begründung bei der Sistierung des Repetierverbotes – die angespannte Situation auf dem Lehrstellenmarkt – nicht geändert hat und ein Rückgang bei den Lehrstellenangeboten (Rückgang bei den Lehrlingen von 1999 auf 2000 um 0,6%) zu verzeichnen ist, befinden sich immer mehr Jugendliche in Warteschleifen, die eine Lehrstelle suchen. Zusätzlich 2 000 bis 3 000 Jugendliche, die an sich zum Wiederholen der Schule bereit sind, belasten den Lehrstellenmarkt nach wie vor enorm.

Im Bereich der berufsbildenden Schulen ist die SchülerInnen-Zahl von 1997/98 auf 1998/99 um 1,8% gestiegen, von 1998/99 auf 1999/2000 um 0,8%. Im Schuljahr 2000/01 ist ein Anstieg von 2,2%, insbesondere im Bereich der berufsbildenden höheren Schulen zu verzeichnen. Auch sämtliche Prognosen für das kommende Schuljahr 2001/02 gehen von zunehmenden SchülerInnen-Zahlen in den ersten Klassen aus.

Die FP-/VP-Regierung hat im Bereich der Berufsbildung für diese steigende Nachfrage in keiner Weise Vorsorge getroffen bzw. die notwendigen Strukturmaßnahmen gesetzt. Die in allen Sparten gleichermaßen eingefrorenen Personalausgaben lassen keinen Gestaltungsspielraum für die zukunftsrelevanten Ausbildungsbereiche zu. Dies führt in boomenden Bereichen – wie bereits in den letzten Jahren – zu beträchtlichen SchülerInnen-Abweisungen, aber auch zu überfüllten ersten Klassen. Die Folge ist, dass die abgewiesenen Jugendlichen, die nicht ihre Wunschausbildung begonnen haben, erhebliche Kosten verursachen, wenn sie verspätet, dh. zB nach der AHS, ihre erwünschte Berufsausbildung nachholen müssen. Die hohe Nachfrage, vor allem nach Ausbildungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie, aber auch nach mittleren schulischen Ausbildungen als Ersatz für fehlende Lehrstellen durch Umschichtungen oder Zusatzfinanzierungen wird nicht ermöglicht. Insbesondere Mädchen sind von einem fehlenden zukunftsorientierten Angebot an mittleren schulischen Ausbildungen betroffen.“

Der Unterrichtsausschuss hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 16. Mai 2001 in Verhandlung genommen.

Berichtersteller im Ausschuss war Abgeordneter Dr. Dieter **Antoni**.

An der anschließenden Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Christian **Faul** sowie die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur Elisabeth **Gehrer**.

Bei der Abstimmung fand der gegenständliche Entschließungsantrag keine Mehrheit.

2

617 der Beilagen

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Unterrichtsausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 2001 05 16

**Wolfgang Großruck**

Berichterstatter

**Werner Amon, MBA**

Obmann